

presse

Antibiotika-Einsatz ist kein Betriebsgeheimnis

Zur aktuellen Diskussion um den Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung erklärt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Wilhelm Priesmeier:

Die Vorschläge von Bundesministerin Aigner sind ein stumpfes Instrument im Kampf gegen den zu hohen Antibiotika-Verbrauch in der Tierhaltung. Darum müssen wir das Arzneimittelgesetz dringend novellieren. Im Rahmen einer nationalen Antibiotika-Strategie müssen zuerst die Tierhalter identifiziert werden, die überhöhte Antibiotika-Mengen in ihren Ställen einsetzen. Wir brauchen Klarheit, Offenheit und Transparenz im System, fordert Wilhelm Priesmeier.

Das Vertrauen der Verbraucher in die Qualität der tierischen Lebensmittel ist nur durch einen verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika zu sichern. Wir brauchen Klarheit, Offenheit und Transparenz im System. Wir müssen ein zweistufiges System installieren, um den betrieblichen Antibiotika-Einsatz zu vermindern.

Die bestandsbetreuende Tierartpraxis muss zukünftig unmittelbar Gegenmaßnahmen ergreifen, wenn vorgegebene Schwellenwerte in einem tierhaltenden Betrieb überschritten werden. Sinkt der Antibiotika-Einsatz nicht, dann sollen im zweiten Schritt behördlich überwachte Sanierungspläne greifen. Im Rahmen einer nationalen Antibiotika-Strategie müssen zuerst die Tierhalter identifiziert werden, die überhöhte Antibiotika-Mengen in ihren Ställen einsetzen. Dazu muss das Antibiotika-Aufkommen betriebsgenau erfasst werden. Die erforderlichen Daten müssen die betreuenden Tierarztpraxen bei Bedarf den zuständigen Kontrollbehörden überlassen. Die bisherige statistische Erfassung

liefert allenfalls Durchschnittswerte. Dieses System bietet keinerlei Ansatz zur Minderung des Antibiotika-Einsatzes in den betroffenen Betrieben.

Ohne Zuordnung zur Tierart, zum Tiergewicht sowie zu Anzahl der behandelten Tiere bleiben die Vorschläge von Bundesministerin Aigner ein stumpfes Instrument im Kampf gegen den zu hohen Antibiotika-Verbrauch in der Tierhaltung. Darum müssen wir das Arzneimittelgesetz dringend novellieren.